

Montag (Nachmittag), 14. März 2016

Regierungsrat

5 2015.RRGR.1212 Bericht Jahresbericht über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern 2015

Präsident. Damit kommen wir bereits zu den Geschäften des Regierungsrats. Als erstes beraten wir den Jahresbericht über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern 2015. Der Bericht wurde von der SAK vorberaten. Es geht um die Kenntnisnahme des Berichts, und wir führen eine reduzierte Debatte. Für die SAK hat Herr Grossrat Philippe Messerli das Wort.

Philippe Messerli-Weber, Nidau (EVP), Kommissionssprecher der SAK. Der vorliegende Bericht des Regierungsrats über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern ist der erste jährliche Bericht. Er dient als Grundlage für den politischen Dialog zwischen Regierung und SAK über die Aussenbeziehungen. Diesen Dialog hat die Kommission am 20. Januar mit Herrn Regierungspräsident Hans-Jürg Käser geführt. Das Ziel ist, dass Regierung und Parlament gemeinsam eine Gesamtsicht und eine strategische Ausrichtung der kantonalen Aussenbeziehungen entwickeln und auf dieselben Ziele hinarbeiten, damit der Kanton Bern seine Interessen und Verantwortlichkeiten effizient wahrnehmen kann. Bezüglich dem Dialog und den erweiterten Mitwirkungsrechten des Parlaments in den Aussenbeziehungen gilt nach wie vor das, was die SAK bereits vor einem Jahr festgestellt hat: Regierung und Parlament sind noch in einem Lern- und Findungsprozess. Die neuen Mitwirkungsrechte von Parlament und Kommissionen müssen noch erprobt werden, und die genauen Abläufe und Prozesse müssen sich noch einspielen und optimiert werden.

Bezüglich der Mitwirkungsrechte des Parlaments hat der Grosse Rat in der Junisession des letzten Jahres drei Planungserklärungen überwiesen. Der Regierungsrat hat alle diese Anliegen aufgenommen und umgesetzt. So sind inzwischen die Abkommen von Shenzhen und Nara der SAK mit den entsprechenden Erläuterungen zur Kenntnis gebracht worden. Die SAK erwartet aber, dass in Zukunft alle Verträge und weiteren Geschäfte gemäss Artikel 39 Absatz 6 Buchstabe d der Geschäftsordnung, die in die alleinige Kompetenz des Regierungsrats fallen, der SAK ausserhalb der jährlichen Berichterstattung in einem formellen Verfahren rechtzeitig zur Kenntnis unterbreitet werden. Der Regierungsrat hat klar signalisiert, dass er diese Vorgabe in Zukunft erfüllen will. Der zweite wichtige Artikel bezüglich Mitwirkung ist Artikel 56 des Grossratsgesetzes. Dieser verlangt, dass der Regierungsrat die zuständigen Kommissionen frühzeitig, laufend und umfassend über wichtige Entwicklungen im Bereich der Aussenbeziehungen informiert. Die Regierung muss die Kommissionen in ihrem Sachbereich auch rechtzeitig über wichtige Aussenbeziehungsgeschäfte informieren und sie konsultieren. Dies betrifft insbesondere interkantonale und internationale Verträge. Eine Umfrage der SAK bei den Kommissionen hat ergeben, dass noch keine verlässlichen Aussagen darüber gemacht werden können, wie der erwähnte Artikel 56 in der Praxis gelebt und umgesetzt wird. Die Kommissionen konnten in den letzten zwei Jahren noch zu wenige Erfahrungen mit Aussenbeziehungsgeschäften machen. Diese Praxis wird deshalb in Zukunft vertieft zu prüfen sein. Jedenfalls – und das gilt es hier ganz klar festzuhalten – hatte laut Aussage der Direktionen die verstärkte Mitwirkung von Parlament und Kommissionen in den Aussenbeziehungen bisher keine negativen Auswirkungen auf die Verhandlungsposition der Regierung bei interkantonalen und internationalen Verträgen. Die Direktionen betonen, dass man in der Zusammenarbeit mit den vorberatenden Kommissionen gute Erfahrungen gemacht hat. Allerdings – und da besteht insofern noch eine kleine Einschränkung – können die Direktionen dazu noch keine substantielle Aussage machen, weil der Erfahrungszeitraum auch hier sehr kurz war.

Auf folgenden wichtigen Punkt möchte ich noch hinweisen: In den Anhängen auf Seite 15 und 16

geht es um die Standesinitiativen. Wir haben in der SAK darüber diskutiert. Wenn Sie die Seiten 15 und 16 anschauen, sehen Sie, dass der Grosse Rat jeweils sehr viele Standesinitiativen einreicht. Betrachtet man diese Liste, stellt man fest, dass die Wirkung dieser Standesinitiativen nicht gerade sehr gross ist. In den allermeisten Fällen stellen sie daher wohl nicht gerade ein geeignetes Mittel dar, um auf die Bundespolitik Einfluss zu nehmen. Der Kanton Bern reicht also relativ viele solcher Standesinitiativen ein. Das soll keine Moralpredigt sein, aber einfach ein Hinweis an den Rat, oder vielleicht auch ein wenig Selbstkritik.

Nach diesem kurzen Einschub komme ich noch zu den Schwerpunkten der Regierung für das Jahr 2016. Die SAK findet, dass die Schwerpunkte für die kantonale Aussenpolitik richtig gesetzt sind. Den ersten Schwerpunkt bildet der Einbezug des Grossen Rats. Es liegt im Interesse von Regierung und Parlament, dass die Zusammenarbeit im Bereich der Aussenbeziehungen weiter gefördert wird. Als zweiten Schwerpunkt wird die Interessenwahrnehmung auf Bundesebene genannt. Auf Bundesebene stehen wichtige Geschäfte an. Stichworte dazu sind Unternehmenssteuerreform III, die Energiestrategie 2050, die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative usw. Umso wichtiger ist es, dass der Kanton gute Beziehungen zu den bernischen Vertreterinnen und Vertretern in den eidgenössischen Räten pflegt; namentlich auch zu den neuen Ratsmitgliedern. Den dritten Schwerpunkt bildet die Mitwirkung in der Europapolitik des Bundes. Die bestehende Rechtsunsicherheit in den Beziehungen zur EU ist beunruhigend, weil sie die Stellung der Schweiz und auch unseres Kantons im internationalen Standortwettbewerb schwächt. Entscheidend ist, dass der Kanton seine Mitwirkungsrechte in der Aussenpolitik des Bundes effizient wahrnehmen kann. Der vierte Schwerpunkt liegt in der interkantonalen Zusammenarbeit. Es ist zentral, dass die Kantone gegenüber dem Bund möglichst mit einer Stimme sprechen können und ihre Kräfte nicht verzetteln. In diesem Sinn ist es sehr zu begrüßen, dass sich der Regierungsrat für die Vermeidung von Rollenkonflikten zwischen Regierungskonferenzen und Direktorenkonferenzen einsetzt. Zum fünften Schwerpunkt, den Beziehungen zum Ausland: Bern ist nach Genf der zweitwichtigste Standort der internationalen Beziehungen in der Schweiz. Es ist deshalb richtig, dass der Kanton einen aktiven Beitrag zur Stärkung der Schweiz als Gaststaat leisten will und auch ein entsprechendes Entgegenkommen seitens des Bundes erwartet. Dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass sich der Kanton verstärkt als Hauptstattregion positionieren will. (*Der Präsident läutet die Glocke.*) Ich komme zum Schluss. Die SAK beantragt dem Grossen Rat, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident. Wir führen eine reduzierte Debatte. Die Fraktionen haben nun Gelegenheit, sich zu dem Bericht zu äussern. – Das Wort wird nicht verlangt. Wünscht der Regierungspräsident das Wort? – Das ist der Fall.

Hans-Jürg Käser, Regierungspräsident. Angesichts der Bedeutung der Aussenbeziehungen ist es mir schon ein Anliegen, mich seitens der Regierung hier im Rat dazu zu äussern. Die Regierung hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass der Bericht in seiner neuen Form den Erwartungen des Parlaments entspricht und als gute und sachdienliche Auslegeordnung zum Stand der aktuellen Aussenbeziehungen beurteilt wird. Die Regierung zeigt im Bericht auf, wie sie im vergangenen Jahr die Interessen des Kantons gegenüber den Bundesbehörden, anderen Kantonen sowie dem Ausland wahrgenommen hat. Gleichzeitig legt die Regierung Schwerpunkte für das kommende, bzw. das bereits laufende Jahr fest. Die SAK ist, wie wir gehört haben, mit den vorgeschlagenen Schwerpunkten einverstanden und empfiehlt dem Grossen Rat einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Dieser Bericht dient der SAK als Basis für den Dialog, den die Kommission gemäss der Grossratsgesetzgebung mit der Regierung über die wichtigen Fragen im Bereich der Aussenbeziehungen führt. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, Ihnen den Bericht in allen Einzelheiten darzulegen, stehe Ihnen aber für Fragen natürlich gerne zur Verfügung. Stattdessen möchte ich kurz auf den Dialog der Regierung mit der SAK über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern eingehen.

Weil die Aussenbeziehungen immer wichtiger werden, haben die SAK und die Regierung beschlossen, diesen Dialog jährlich zu führen; dies erstmals, wie erwähnt, am 1. Februar 2016. Die Erfahrungen sind auch aus Sicht der Regierung sehr positiv. So konnten beispielsweise anhand der Abkommen des Kantons Bern mit Nara und Shenzhen anfänglich divergierende Rechtsauffassungen hinsichtlich der Zuständigkeit von Regierung und Parlament einvernehmlich geklärt werden. In diesem Saal, meine Damen und Herren, wurde verschiedentlich betont, dass wir im wichtigen Bereich der Aussenbeziehungen nach allen Seiten lernfähig sein müssen und das Vorgehen wenn möglich gemeinsam festlegen wollen. Es geht schliesslich um unser gemeinsames Anliegen; einer möglichst

starken Vertretung des Kantons Bern gegen aussen. Ich stelle gerne fest, dass die ausserpolitischen Debatten zwischen SAK und Regierung bisher immer von gegenseitigem Interesse und Respekt geprägt waren.

Unser Dialog ist in einer Welt, in der man manchmal den Eindruck hat, es gehe alles drunter und drüber, besonders wichtig und wertvoll. Diese Welt ist bekanntlich zum Dorf geworden. Der Kanton Bern befindet sich mittendrin. Auch er trägt dazu bei, dass die Verflechtungen immer dichter und damit auch immer unübersichtlicher werden. Das zeigt sich auch in Zahlen: Jedes achte Geschäft, das die Regierung behandelt, betrifft heute direkt oder indirekt die Aussenbeziehungen: Unternehmenssteuerreform; bilaterale Verträge mit der EU; Sparprogramm des Bundes; neuer Finanzausgleich; Flüchtlingsfragen – Sie kennen diese wichtigen innen- und ausserpolitischen Herausforderungen unseres Landes. Wenn wir uns regelmässig über die laufenden und künftigen ausserpolitischen Geschäfte des Kantons Bern austauschen und verständigen, wird unser Kanton in seiner Gesamtheit gestärkt. Dies nicht zuletzt deshalb, weil damit eine zeitnahe Mitwirkung des Parlaments im Rahmen seiner Zuständigkeiten ermöglicht wird.

Ein gegenseitiges Verständnis von Regierung und Parlament für die Aussenbeziehungen des Kantons Bern ist das Resultat eines Lernprozesses. Das Entwickeln einer Gesamtsicht und die Ausrichtung auf das gemeinsame Ziel, den Kanton Bern vorwärts zu bringen, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. In meiner Rede an der Jahresmedienkonferenz im Januar in Langenthal habe ich betont, dass politischer Erfolg die Frucht vieler Gespräche und langer Verhandlungen ist; egal, ob sich unser Verhandlungspartner in Niederbipp, in Moutier, in Zürich oder eben in Brüssel, Nara oder Shenzhen befindet. Nutzen wir also die Chance des Dialogs!

Präsident. Besten Dank für diese Ausführungen. Damit stimmen wir über Kenntnisnahme des Berichts ab. Wer den Bericht gemäss dem Antrag SAK zur Kenntnis nehmen will, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:
Kenntnisnahme

Ja	127
Nein	1
Enthalten	0

Präsident. Der Rat hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Ordnungsantrag

Präsident. Soeben ist noch ein Ordnungsantrag eingetroffen, der wahrscheinlich erst heute Morgen in der Fraktionssitzung diskutiert wurde. Ich erlaube mir, ihn an dieser Stelle einzuschieben. Er betrifft das Geschäft 2016. RRGR.49, Traktandum 25, Motion 007-2016. Der Ordnungsantrag lautet auf freie Debatte bei der Beratung dieses Geschäfts und stammt von der SP-Fraktion. Gibt es eine Wortmeldung zur Begründung dieses Ordnungsantrags? – Das ist nicht der Fall, demnach stimmen wir direkt darüber ab. Wer bei diesem Geschäft eine freie Debatte wünscht, stimmt ja, wer dies ablehnt und eine reduzierte Debatte beibehalten möchte, stimmt nein.

Abstimmung (Geschäft 2016.RRGR.49; Antrag SP)

Der Grosse Rat beschliesst:
Annahme

Ja	67
Nein	63
Enthalten	0

Präsident. Sie haben den Antrag angenommen. Demnach werden wir Traktandum 25 in freier Debatte beraten.